

Leserbrief vom 14.11.2009 von René Bünter zur Minarett-Initiative

Ja zum Minarett-Verbot

Kaum zu glauben, dass selbst die Schweizer Bischofskonferenz Minarette nicht ablehnt. Ihre Argumente machen nachdenklich: Die Initiative biete keine Lösung für den Fall, wenn fundamentalistische Muslime eine Gefahr für die Menschenrechte oder die schweizerische Rechtsordnung darstellen. Und weiter: Die Initiative erhöhe die Spannungen und bedrohe den religiösen Frieden und die Integrationsbemühungen. Diese unkritische Betrachtung lässt nur einen Schluss zu: Lieber schöne Worte schreiben, als Fakten schaffen. Landauf-landab gibt es Probleme mit zu viel „Multikulti“. Soll man dagegen einfach nichts tun und denjenigen nur zuhören, welche von „Menschenrechten, Nicht-Diskriminierung und religiösem Frieden“ schwatzen? Ich frage mich schon lange, wer hier eigentlich diskriminiert wird. Es gibt so absurde Gerichtsurteile gegen Glockengeläut und selbst gegen Kuhglockengebimmel. Würden sich dann die gleichen Kirchenvertreter beim Gebetsrufer auf dem Minarett auch verteidigend für „Religionsfreiheit“ aussprechen? Nein, dann wird lieber auf die Behörden vertraut und die lokale Bevölkerung habe ja ein Mitspracherecht bei solchen Bau-Projekten. Die Behörden verstecken sich hinter dem Paragraphen. Und wenn ein Bürger sich wehrt, wie kürzlich in Lachen gegen die unnötige Einführung von Gebühren auf allen öffentlichen Parkplätzen, dem wird mit juristischen Tricks das Handwerk gelegt: Sie sind ja gar nicht einspracheberechtigt. Zweites Beispiel: Bis heute gelten bei Einbürgerungen nicht in allen Gemeinden die gleichen, transparenten und damit fairen Prüfkriterien. Beispielsweise müssten die Einbürgerungswilligen überall konsequent schriftlich bestätigen, dass für sie Verfassung und Schweizer Recht vor dem Glauben kommt. Schwyzerinnen und Schwyzer, die es noch sind und so lange ihr noch könnt: Sagt „JA“ zur Initiative, damit sich die geprüften Behörden wie gewohnt verstecken und das Minarett-Verbot aussprechen können. Somit braucht es gar nicht erst eine Bürgerwehr, die für Recht und Ordnung schaut. So muss es sein und bleiben: Die Behörden haben sich für die Bürger einzusetzen – nicht umgekehrt. Vielen Dank für die Unterstützung.

René Bünter, Lachen